



Grundstück für Kraftwerk

## Stadt vergisst lässig ihre Bürger

Von Ralph Menz  
(0 64 41) 95 91 95  
r.menz@mittelhessen.de

Da sollen die Voraussetzungen für ein Verbrennungskraftwerk im Dillfeld geschaffen werden, das eines der größten privaten Investitionsvorhaben in Mittelhessen werden soll, das so viel Strom erzeugt wie ganz Wetzlar verbraucht, das Arbeitsplätze sichert, das unvermeidlich Schadstoffe ausstößt und Lkw-Verkehr nach sich zieht. Und was macht die Wetzlarer Stadtregierung? Sie will ihren Anteil daran unter Ausschluss der Öffentlichkeit unter Dach und Fach bringen. Das ist politisch schlechter Stil und ein schlechter Start für solch ein Großprojekt, das die Akzeptanz der Bevölkerung braucht.

Im Rathaus hat man sich bisher auf die Argumentation zurückgezogen, es sei ja ein privates Projekt und genehmigen müsse es das Regierungspräsidium in Gießen. Fertig. Fein raus.

Doch so einfach ist es nicht. Das Kraftwerk steht und fällt mit dem 38 000 Quadratmeter großen Grundstück, das die Stadt dafür verkaufen muss. Der Grundstücksverkauf ist also eine Schlüsselvoraussetzung für den Bau der Verbrennungsanlage. Hat der Investor erst einmal Grundstück und Geld zusammen, so dürfte es dem Regierungspräsidium mit Wilfried Schmied (CDU) an der Spitze schwer fallen, die Anlage nicht zu genehmigen. Denn: Die planungsrechtlichen Voraussetzungen mit Bebauungsplan und Raumordnungsplan sind alle gegeben. Vergleichbare Kraftwerke laufen schon und sind genehmigt. Und der Bauherr wird sich mit Sicherheit an alle Auflagen und Grenzwerte halten und einen ordentlichen Antrag einreichen.

Da bedarf es schon einer gehörigen Portion Ignoranz, den Bürgern Wetzlars über den geplanten Grundstücksverkauf nichts erzählen zu wollen. Wie sonst ist es zu erklären, dass der zuständige Liegenschaftsdezernent Peter Hauptvogel (FWG) das Projekt von den Initiatoren im Bauausschuss vorstellen lässt und die Öffentlichkeit nicht darüber informiert?

Selbst einige Ausschussmitglieder waren am Dienstagabend vom Gastspiel der Wirtschaftsvertreter im Stadtverordneten-Ausschuss überrascht. Offenbar wussten nur die Abgeordneten der Regierungskoalition davon.

Auch dem Ausschussvorsitzenden Gerhard Schmidt-Burbach (CDU) – bekannt für seine launig-lässigen Bemerkungen in Sitzungen – hätte es gut angestanden, das The-

ma ordentlich auf die Tagesordnung zu setzen und damit bekannt zu machen, um was es geht. Doch kein Wort davon in der Tagesordnung und der amtlichen Bekanntmachung. Statt dessen wird dieses private Millionen-Projekt zum ersten Mal öffentlich unter faktischem Ausschluss der Öffentlichkeit vorgestellt, da die Bürgerinnen und Bürger Wetzlars davon vorher nichts erfahren durften. Das war etwas zu lässig.

Selbst bis zur Entscheidung der Stadtverordneten über das Grundstücksgeschäft am 16. November ist bislang keine Präsentation für die Öffentlichkeit vorgesehen. Nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit, wie Baudezernent Achim Beck (CDU) gestern bestätigte, sollen alle Stadtverordneten das Projekt am 14. November im Rathaus vorgestellt bekommen.

In der Konsequenz würde das bedeuten: Wenn die Öffentlichkeit auf Einladung der Bürgerinitiative in Hermannstein am Abend des 16. November von den Planern des Kraftwerks erstmals ordentlich informiert wird, heben zeitgleich die Wetzlarer Stadtverordneten im Rathaus schon die Hand und ebnen mit dem Grundstücksverkauf den Weg für das Kraftwerk.

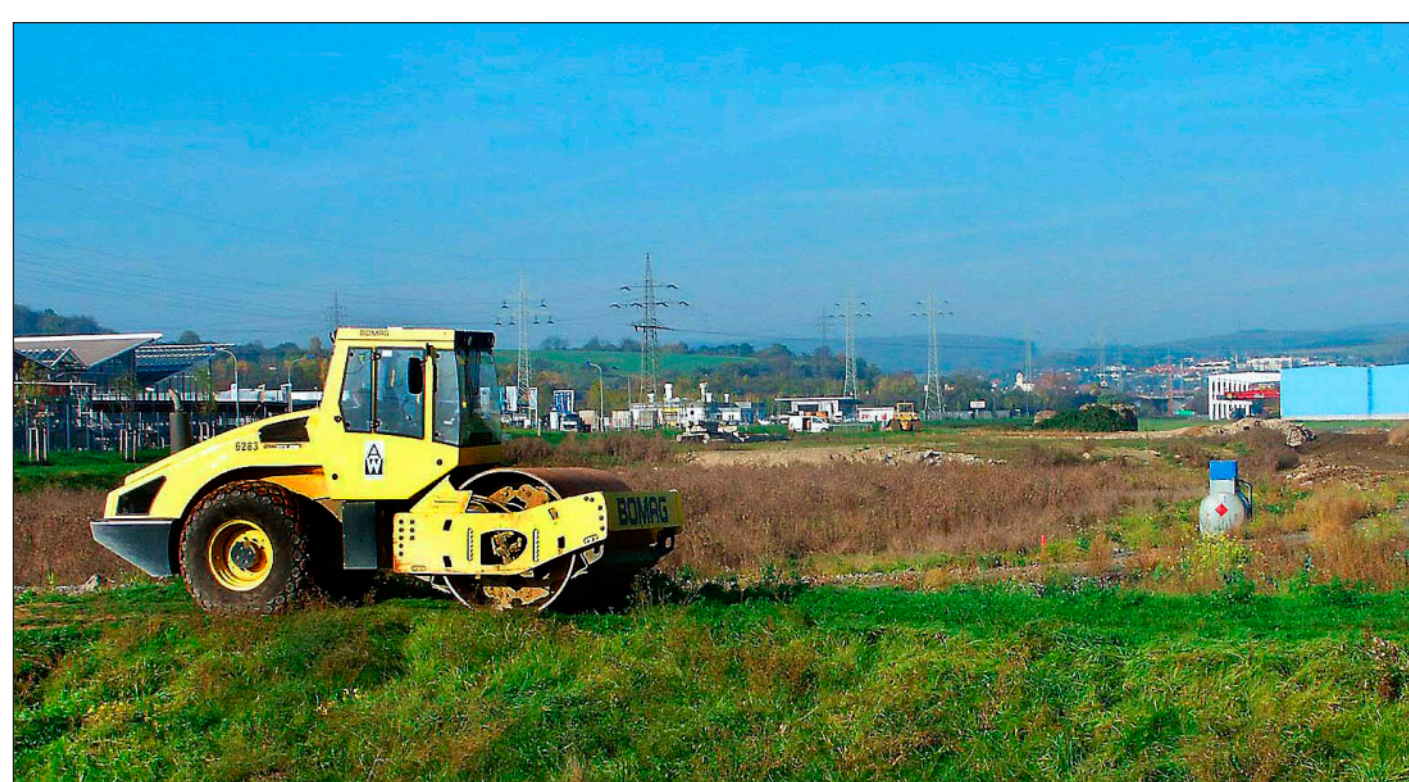
Das ist die falsche Reihenfolge! Wie Hohn müssen den Wählern da all die Sonntagsreden der Politiker über beklagenswerte Politikverdrossenheit und mangelndes Interesse der Bürger am politischen Meinungsbildungsprozess vorkommen, wenn sie in Wetzlar wie der Hund beim Metzger vor der Tür bleiben müssen, wenn es drinnen interessant wird.

Durch Nachfrage dieser Zeitung hat man wohl im Rathaus das Dilemma, in das man sich selbst manövriert hat, erkannt, und das Krisenmanagement setzt ein. Man darf also gespannt sein, ob der Magistrat es noch schafft, seine Bürger mit ins Boot zu holen.

Daran müsste auch den Initiatoren von Buderus Edelstahl sowie Hermann Hofmann gelegen sein. Denn sie wollen schließlich den Standort und damit Arbeitsplätze in der Domstadt und in Aßlar sichern.

Doch solch ein ungeschicktes Vorgehen der Stadt beschert ihnen am Ende nur mehr Widerstand und Klagen vor dem Verwaltungsgericht.

Damit erweisen Magistrat und Stadtverordnete der guten Idee aber einen Bärendienst.



Auf dieser Fläche im Wetzlarer Dillfeld soll das Verbrennungskraftwerk entstehen, das Strom und Wärme für Buderus Edelstahl liefern kann. Links der Obi-Markt, im Hintergrund der Blick Richtung Norden auf Aßlar, rechts liegt die Dill. Wenn die Anlage ab 2009 läuft, werden täglich rund 75 Lkw Brennmaterial anliefern, die Abgase gelangen in einem bis zu 80 Meter hohen Schornstein in den Himmel über Wetzlar. (Foto: Menz)

# Politik bekommt Dampf

## Buderus stellt erstmals Pläne für Kraftwerk im Dillfeld vor

Von Ralph Menz  
(0 64 41) 95 91 95  
r.menz@mittlhessen.de

**Wetzlar. Erstmals haben Buderus Edelstahl und Projektentwickler Hermann Hofmann die Pläne für ein geplantes Verbrennungskraftwerk im Wetzlarer Dillfeld öffentlich vorgestellt. 110 Millionen Euro sollen dort investiert werden. Rund 300 000 Tonnen aus Abfall gewonnener Brennstoff könnten dort einmal jährlich verbrannt werden, um Strom und Wärme zu gewinnen. Voraussetzung dafür ist, dass die Stadt Wetzlar ein Grundstück im Dillfeld verkauft. Darüber soll nächste Woche im Parlament entschieden werden.**

Karl-Peter Johann, Geschäftsführer von Buderus Edelstahl, und der heimische Bauunternehmer und Müllveredler Hermann Hofmann stellten den Mitgliedern des Bauausschusses der Wetzlarer Stadtverordneten ihre Pläne am Dienstagabend in öffentlicher Sitzung vor.

Johann zeigte auf, dass die Energie ein wesentlicher Kostenfaktor für das Wetzlarer Werk, in dem Stahl geschmolzen, veredelt und geschmiedet wird, sei. „Wir verbrauchen etwa doppelt so viel Strom wie Wetzlar und sein Umland zusammen. Die Energiekosten für Strom und Gas betragen monatlich rund drei Millionen Euro“, machte Karl-Peter Johann den Abgeordneten die Dimensionen klar. Ziel sei es daher, bei steigenden Energiekosten mit einem eigenen Kraftwerk Strom zu mittelfristig kalkulierbaren Preisen zu erzeugen und damit den Standort zu sichern.

An diesem Punkt kommt Hermann Hofmann ins Spiel, der in Aßlar eine Anlage zur Herstellung von Trockenstabilat betreibt. Dort werden dem Restmüll aus dem Lahn-Dill-Kreis und dem Kreis Gießen Wasser, Metalle, Bioabfälle und Schadstoffe entzogen. Der so in einem patentierten Verfahren gewonnene Brennstoff, Trockenstabilat genannt, soll zukünftig im Dillfeld in einem Kraftwerk verbrannt werden. Mit dem erzeugtem Dampf wird über Turbinen Strom gewonnen, der das Stahlwerk bedient. Gleichzeitig kann der überschüssige Dampf als Fernwärme zum Heizen verwendet werden.

### ■ Buderus will mit Kraftwerk Energiekosten in den Griff bekommen

Hofmann, Johann sowie der das Projekt begleitende Umweltingenieur Manfred Schubert betonten, dass es sich aus ihrer Sicht nicht um eine Müllverbrennungsanlage handelt, die dort zwischen Kernstadt, Dalheim, Niedergirmes und Hermannstein gebaut werden soll. Hofmann: „Wir sprechen

von Ersatzbrennstoff, nicht von Müll. Diesen Brennstoff gewinnen wir aus dem Energieträger Restmüll, dem wir Wasser, Biomasse, Glas und viele Schadstoffe entziehen. Die Abgaswerte bei der Verbrennung liegen deutlich unter den Grenzwerten der Bundesemissionschutzverordnung und in vielen Punkten unter denen vergleichbarer fossiler Brennstoffe.“

Als Voraussetzung für das Verbrennungskraftwerk, das im Dillfeld zwischen Obi-Markt und Dill mit einem noch zu findenden Partner aus der Energiewirtschaft gebaut werden soll, muss die Stadt Wetzlar jedoch ein 38 000 Quadratmeter großes Grundstück verkaufen. Ohne Grundstück kein Kraftwerk, das machten Hofmann, Johann und auch Baudezernent Achim Beck (CDU) den Ausschussmitgliedern, die der Stadtverordnetenversammlung ihre Empfehlung für oder gegen den Verkauf aussprechen sollten, deutlich.

Hofmann und Johann machten den Politikern auch klar, dass die Zeit drängt. Soll das Kraftwerk wie geplant 2009 in Betrieb gehen, müssten schon jetzt Lieferverträge für den Brennstoff, den Hermann Hofmann mit seiner Anlage in Aßlar nicht alleine abdecken

### Am 16. November Podiumsdiskussion

In Hermannstein hat sich mittlerweile eine Bürgerinitiative zum Thema Kraftwerk gegründet. Sie lädt für den 16. November (20 Uhr, Gaststätte „Zur Post“, Wetzlarer Straße 30) zu einer Podiumsdiskussion ein, bei der Buderus Edel-

stahl und Hermann Hofmann ihre Pläne vorstellen und Rede und Antwort stehen wollen. Am gleichen Abend sollen die Stadtverordneten in Wetzlar über den Grundstücksverkauf entscheiden, der Voraussetzung für das Kraftwerk ist.

kann, geschlossen werden.

Doch nicht nur zeitlich bekommen die Kommunalpolitiker Dampf gemacht, auch ganz real soll die Stadt einmal von dem Kraftwerk profitieren.

### ■ Keine Festlegung für Schadstoffe vor Verkauf des Grundstücks möglich

Baudezernent Beck möchte das Rathaus und weitere Gebäude wie Schwimmbäder mit Fernwärme aus dem Kraftwerk heizen – möglicherweise billiger, als es derzeit mit Strom und Gas vom mehrheitlich in Stadtbesitz befindlichen Versorger enweg möglich ist.

Im Ausschuss entwickelte sich nach der Vorstellung der Pläne eine Diskussion um den zu erwartenden Schadstoffausstoß des Werks. Gerd-Rainer Michalek (Grüne) wollte den Verkauf des Grundstücks gerne an feste Zusagen der Betreiber für eine deutliche Unterschreitung der gesetzliche Grenzwerte knüpfen.

Darauf wollten die sich jedoch nicht einlassen. Projektentwickler Hermann Hofmann: „Fest steht, wir werden Grenzwerte deutlich unterschreiten, auf Zahlen können wir uns nicht festlegen, da ich heute noch nicht weiß, wo wir weiteren Brennstoff beziehen werden oder welchen Brennkessel wir einbauen. Dies sind aber alle Faktoren, die dabei eine wichtige Rolle spielen.“

„Die Frage ist, gehen wir das Risiko ein?“, fasste Werner Gerhard (CDU) die Gretchenfrage zusammen. Der Ausschuss war mehrheitlich dafür.